



RATSFRAKTION WUPPERTAL
Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Frau van der Most

*Herrn
Oberbürgermeister
Peter Jung
Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal*

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563-6272
Fax (0202) 563-8573
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Datum 25.10.2013

Antrag

Drucks. Nr. VO/1051/13
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
13.11.2013	Hauptausschuss
18.11.2013	Rat der Stadt Wuppertal

Begleit Antrag zur VO/1002/13 - Fehleranalyse, Ehrlichkeit und Transparenz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Hauptausschuss und der Rat der Stadt mögen folgenden Beschluss fassen:

1. Die städtebauliche Neugestaltung des Döppersberg ist für Wuppertal extrem wichtig und muss erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Sowohl in der Vergangenheit als auch heute spricht sich der Rat für das Vorhaben aus.
2. Der Rat erhöht die Baukosten für die Neugestaltung des Döppersberg in der Höhe, soweit diese durch die allgemeine Preissteigerung, die Mängelbeseitigung und den Planungsprozess bedingt sind: Dies sind hochgerechnet 25,3 Mio. EUR .
3. Der Rat erhöht den Kostenrahmen nicht für Risikoreserven. Die neuen Gesamtkosten betragen 130,3 Mio. Euro. Unvorhersehbare und nicht vermeidbare Kostensteigerungen müssen nach intensiver Prüfung durch einen externen Wirtschaftsprüfer dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
4. Die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel in Höhe von 25,3 Mio. EUR ist verbunden mit notwendigen Änderungen in der Kommunikation, der Steuerung und Abwicklung des Projektes, im Controlling und in der Transparenz und Ehrlichkeit gegenüber Rat und Bürgern:
5. Zur professionellen Begleitung des Gesamtprojektes ist die Entwicklung sowie die Umsetzung eines Kommunikationskonzeptes an einen externen Partner zu beauftragen.

6. Die Stadtverwaltung legt monatlich einen Controllingbericht vor, der alle Kosten und Termine in einem Soll - Ist Vergleich darstellt und auch eine Prognose zur weiteren Umsetzung des Projektes beinhaltet.
7. Die Stadtverwaltung und die externe Projektsteuerung informiert die Ratskommission unverzüglich, d.h. auch außerhalb der regulären Sitzungen, über alle Ausschreibungsergebnisse sowie weiteren Plan- und Kostenabweichungen.
8. Die Vertreter der Industrie- und Handelskammer, des Elberfelder Einzelhandels und des Bundes Deutscher Architekten Wuppertal werden als sachkundige Einwohner in die PBK Döppersberg berufen.
9. Die Bürgerinnen und Bürger werden in die Vorbereitung von weiteren Planungsschritten und Gestaltungsfragen, beispielsweise in Form von Bürgerforen, stärker als bisher einbezogen.
10. Die Ursachen für die Mehrkosten sowie die Konsequenzen daraus werden ergebnisoffen geprüft. Darüber hinaus werden auch alle Möglichkeiten zur Reduzierung der Mehrkosten ergebnisoffen geprüft. Dazu wird entweder das RPA oder ein externer Wirtschaftsprüfer beauftragt.
11. Die Verwaltung leitet kurzfristig eine Bürgerbefragung zur Entscheidung über die Verkehrsführung während der Bauzeit zur Tieferlegung der B7 ein. Dazu stellt die Verwaltung alle Informationen bezüglich einer Vollsperrung bzw. einer Offenhaltung während der Bauphase insbesondere hinsichtlich der Kosten, der Bauzeiten, der Verkehrsführung und den Auswirkungen auf den Elberfelder Einzelhandel ergebnisoffen und neutral gegenüber.
12. Zur Sicherstellung der hohen gestalterischen und städtebaulichen Ziele auch für den "Investorenkubus" und begleitende Bereiche ist ein konkurrierendes Planungs- / Entwurfsfindungs-Verfahren in Form einer Mehrfachbeauftragung von Architektur- / Planungsbüros durchzuführen. Die Durchführung ist dem Investor verbindlich vorzugeben (Beteiligung ca. 3 - 5 ausgewählte Büros).

Begründung

Die Neugestaltung des Döppersberg ist ohne Zweifel das wichtigste Projekt der Stadtentwicklung in Wuppertal. Das Projekt darf nicht scheitern, sondern muss erfolgreich zum Abschluss geführt werden. Bedauerlicherweise sind in der Vergangenheit viele Fehler gemacht worden, die das Projekt zum einen deutlich verzögert und damit verteuert und zum anderen dazu beigetragen haben, dass die Akzeptanz des Projektes in der Wuppertaler Bevölkerung gelitten hat und Zweifel an einem erfolgreichen Abschluss des Projektes lauter werden. Verantwortlich dafür sind vor allem mangelnde Transparenz, eine unzureichende Einbindung der Betroffenen, wie Elberfelder Einzelhandel, IHK und andere sowie die zweifelhafte Kommunikation der Stadtspitze, die auch dann noch von der Einhaltung der gedeckelten Kosten sprach, als längst klar war, dass die Kosten durch die lange Verzögerung des Projektes erheblich steigen werden und diese durch Umschichtungen innerhalb des Projektes oder durch Verzicht auf einzelne Maßnahmen nicht gedeckt werden können.

Angesichts dieser Fehler kann der Rat deshalb auch keinen Blankoscheck für fast 10 Mio. Euro zur Deckung weiterer nicht konkreter Risiken ausstellen.

Daher kann der Kostenrahmen nur so weit erhöht werden, wie die gestiegenen Kosten durch Preiserhöhungen im Laufe der Zeit und durch Mängelbeseitigung und den Planungsprozess tatsächlich entstanden sind und durch Einsparungen innerhalb des Projektes nicht gedeckt werden können, ohne das Gesamtprojekt in Frage zu stellen.

Voraussetzung für die Zustimmung zu einer Erhöhung des städtischen Kostenrahmens um 25,3 Mio. Euro ist

- die Einführung einer Kostenbremse
- die Aufklärung der bisherigen Fehler durch externen Sachverstand
- die Einbindung der Betroffenen
- die Zustimmung zu einem neuen Kommunikationskonzept sowie unabdingbar Ehrlichkeit und Transparenz.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schmidt

- Stellv. Fraktionsvorsitzender -